

Sessionsbericht

Sondersession NR 2009 (27.-30. April)

Von Jon A. Fanzun, Fraktionssekretär

In der Sondersession hat der Nationalrat im Sinne der Fraktion FDP-Liberale beschlossen, die Folgen der kalten Progression jährlich auszugleichen. Der Nationalrat ist dem Ständerat gefolgt und hat dem einseitigen Abbau von technischen Handelshemmnissen zugestimmt. Ebenfalls gefolgt ist er dem Ständerat beim indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative „Lebendiges Wasser“, indem er dieser Initiative einen indirekten Gegenvorschlag gegenüberstellen möchte. Des Weiteren möchte der Nationalrat die Währungshilfe weiterführen und im Sachenrecht den Register-Schuldbrief einführen. Schliesslich hat der Nationalrat den Bundesrat beauftragt, rasch ein nationales Alarmsystem bei Entführungen zu errichten.

1. Bilanz aus der Sicht der Fraktion FDP-Liberale (Fraktion RL)

- › Der Nationalrat hat beschlossen, die kalte Progression jährlich auszugleichen und ist damit einer Forderung der FDP.Die Liberalen gefolgt.
- › Der Nationalrat hat den Bundesrat einstimmig beauftragt, rasch ein nationales Alarmsystem bei Entführungen zu errichten und eine entsprechende Motion von SR Burkhalter (FDP/NE) gutgeheissen.
- › Der Nationalrat hat das Bundesgesetz über technische Handelshemmnisse weitgehend gemäss den Vorstellungen der FDP-Liberalen beschlossen.
- › Der Nationalrat hat ein Postulat der Fraktion angenommen, welches eine intelligentere Ausgestaltung der Motorfahrzeugsteuer verlangt. Dagegen hat der Rat die parlamentarische Initiative „Kein Missbrauch des Gastrechts“ der Fraktion abgelehnt.
- › Die Fraktion hat in der Sondersession drei Fraktionsvorstösse eingereicht.

2. Geschäfte der Sondersession Nationalrat

- › **Sofortiger Ausgleich der kalten Progression:** Seit neun Monaten kämpft die FDP.Die Liberalen für den raschen und jährlichen Ausgleich der kalten Progression. Ohne diesen Ausgleich geraten die Steuerzahlenden wegen des Teuerungsausgleiches in eine höhere Progressionsstufe und bezahlen somit mehr Steuern als sie verdienen. Von der Steuerentlastung von 500 Mio. Franken profitiert vor allem die Mittelschicht: Von den 500 Mio. Franken gehen 40% an Einkommen unter 100'000 Fr. und 45% an Einkommen zwischen 100'000 und 200'000 Fr. Die Steuerentlastung stützt somit den Konsum, Investitionen und damit Arbeitsplätze. Umstritten war im Nationalrat der Anpassungsrhythmus. Linke und CVP wollten auf halbem Weg stehen bleiben und die Teuerungsschwelle von heute 7 auf neu 3 Prozent senken. Die FDP-Liberale Fraktion sowie die SVP sprachen sich für einen automatischen jährlichen Ausgleich aus. Diese Lösung setzte sich mit 96 zu 77 Stimmen durch. Der sachlich nicht begründbare Antrag der CVP, den Ausgleich der kalten Progression zeitlich an die Reform der Familienbesteuerung zu knüpfen, wurde von der grossen Kammer mit 107 zu 63 Stimmen abgelehnt. Die Vorlage wurde in der Gesamtabstimmung mit 112 zu 48 Stimmen (der SP und der Grünen) angenommen. Das Geschäft geht nun an den Ständerat.

- › **Cassis-de-Dijon-Prinzip wird eingeführt:** Der Nationalrat hat sich als Zweitrat wie zuvor der Ständerat dafür ausgesprochen, im Verkehr mit den EWR-Ländern das Cassis-de-Dijon-Prinzip anzuwenden. Die Grundidee des Bundesgesetzes über die technischen Handelshemmnisse (THG) – welches von der FDP. Die Liberalen unterstützt wird – ist es, Importe von Produkten zuzulassen, die im EWR-Raum rechtmässig in Verkehr gebracht wurden. Um zu verhindern, dass Schweizer Hersteller durch diese Regelung diskriminiert werden, sieht die Vorlage vor, dass diese künftig auch nach den Vorschriften eines europäischen Landes produzieren können. Im Bereich der Lebensmittel sieht die Vorlage eine Bewilligungspflicht für Produkte vor, die nicht Schweizer Standards entsprechen. Durch den Abbau der technischen Handelshemmnisse ergeben sich für die Schweizer Wirtschaft Einsparungen von rund 2 Milliarden Franken (bei Gesamtimporten von rund 139 Milliarden Franken). Der Nichteintretensantrag der SVP-Fraktion sowie die Rückweisungsanträge der SVP und der Grünen wurden vom Rat abgelehnt. Die SVP, die für mehr Abschottung und weniger Wettbewerb eintrat, liess einmal mehr Zweifel an ihrer wirtschaftspolitischen Glaubwürdigkeit und Zuverlässigkeit aufkommen. Die Grünen machten sich mit ihrer Ablehnung der Einführung des Cassis-de-Dijon ebenfalls unglaublich, hatte die Partei die Vorlage in der Vernehmlassung doch noch unterstützt. Der Nationalrat stimmte der Vorlage in der Gesamtabstimmung mit 95 zu 73 Stimmen zu. Diskussionslos mit 115:51 Stimmen hat der Nationalrat die Einführung des Produktesicherheitsgesetzes, das zusammen mit dem THG behandelt wurde, angenommen. Das Geschäft geht zur Differenzbereinigung zurück an den Ständerat.
 - › **Der Nationalrat fordert nationales Entführungsalarmsystem:** Der Nationalrat hat einstimmig eine Motion von Didier Burkhalter (FDP/NE) angenommen, mit welcher der Bundesrat beauftragt wird, eine Partnervereinbarung auszuarbeiten, um auf Bundesebene ein Entführungsalarmsystem einzurichten. Dieses System hat sich in anderen Ländern (USA, Kanada, Frankreich) sehr bewährt. Die ersten Stunden nach einer Entführung sind entscheidend. Hier liegt die Stärke des Entführungsalarmsystems, das innerhalb kürzester Zeit aktiviert werden kann. Das System soll gemäss Angaben der Justizministerin bis Ende Jahr aufgebaut werden. Der Entscheid des Nationalrats ist ein Erfolg für die FDP, die seit 2007 für die Einführung eines solchen Alarmsystems kämpft. Die Partei tut dies auch auf kantonaler Ebene: Bis heute sind in 17 Kantonen entsprechende parlamentarische Interventionen von Kantonalparteien der FDP eingereicht oder bereits überwiesen worden.
 - › **Gegenentwurf zur Renaturierungsinitiative:** Die grosse Kammer hat sich mit dem indirekten Gegenentwurf zur Volksinitiative „Lebendiges Wasser“ (Renaturierungsinitiative) befasst. Die Gesetzesvorlage bezweckt einen Ausgleich zwischen Schutz und Nutzung der Gewässer. Während der Ständerat die Vorlage einstimmig angenommen hat, war diese im Nationalrat umstrittener. Ein Nichteintretensantrag – der von der Mehrheit der Fraktion FDP-Liberale unterstützt worden ist – wurde mit 94 zu 60 Stimmen abgelehnt. Die Sprecher der Fraktion FDP-Liberale argumentierten, dass es keinen Gegenvorschlag zur Initiative brauche und bemängelten, dass der Gegenvorschlag den Hochwasserschutz vernachlässige. In der Detailberatung wurden unter anderem Bestimmungen zugunsten der Bauern aufgenommen. So möchte die Mehrheit des Nationalrats Entschädigungen und Abgeltungen vorsehen für Landwirtschaftsflächen, die zum Zweck des Gewässerschutzes nicht mehr oder nur noch extensiv genutzt werden können. In der Gesamtabstimmung wurde die Vorlage mit 104 zu 68 Stimmen angenommen. Das Geschäft geht zur Differenzbereinigung zurück an den Ständerat.
 - › **Änderungen im Sachenrecht:** Der Nationalrat hat als Zweitrat die Teilrevision des Zivilgesetzbuches in Bezug auf das Immobiliarsachenrecht beraten. Kernstück der Vorlage ist die Einführung des Register-Schuldbriefs, der neben den bisherigen Schuldbrief in Papierform tritt. Der Register-Schuldbrief war in der grossen Kammer unbestritten. Umstritten war dagegen insbesondere die Ausgestaltung des Bauhandwerkerpfandrechts. Dabei stimmte der Rat dem Antrag von Werner Messmer (FDP/TG) zu, den Handwerken vier statt wie bisher drei Monate Zeit einzuräumen, um das Pfandrecht eintragen zu lassen. Ebenfalls angenommen wurde ein Antrag von Philipp Müller (FDP/AG), wonach der nicht direkt vom Eigentümer beauftragte Handwerker nur dann einen Anspruch auf Errichtung eines Grundpfandrechts erhält, wenn er den Eigentümer vorgängig über seine Mitarbeit am Bau informiert. Schliesslich sprach sich der Nationalrat dafür aus, für die vertragliche Errichtung von Grunddienstbarkeiten eine öffentliche Beurkundung zu verlangen. Der Rat hat die Vorlage in der Gesamtabstimmung mit 110 zu 48 Stimmen gutgeheissen. Das Geschäft geht zur Differenzbereinigung zurück an den Ständerat.
-

- › **Vereinfachung des Informationsaustauschs:** Der Nationalrat hat sich für den erleichterten polizeilichen Informationsaustausch mit den Strafverfolgungsbehörden der Schengen-Staaten ausgesprochen. Die Vorlage bezweckt eine Erleichterung des Informationsaustauschs. Gestützt auf das neue Gesetz werden aber keine Daten ausgetauscht, die nicht bereits nach geltendem Recht weitergegeben werden dürfen. Der Nationalrat sprach sich im Sinne der FDP-Liberale Fraktion mit 87 zu 42 Stimmen für das entsprechende Bundesgesetz aus. Ein Nichteintretensantrag sowie weitere Anträge der SVP-Fraktion, die auf eine Einschränkung des Informationsaustauschs zielten, wurden abgelehnt.
 - › **Gesetz über die innere Sicherheit zurück an den Bundesrat:** Der Nationalrat hat mit 104 zu 44 Stimmen – im Sinne der Fraktion RL – beschlossen, auf das Gesetz zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS) einzutreten, dieses aber an den Bundesrat zurückzuweisen. Der Nationalrat hat sich damit der kleinen Kammer angeschlossen. In der Wintersession 2008 war der Nationalrat aufgrund einer Mehrheit von SP, Grünen und SVP gar nicht auf die Vorlage eingetreten. Nach dem Wechsel an der Spitze des VBS ist die SVP in der Sondersession umgeschwenkt. Materiell ist die Vorlage im Vergleich zum Nichteintretensentscheid vom Dezember 2008 unverändert. Der Auftrag (der mit der Rückweisung verbunden ist) an den Bundesrat lautet, die Mittel zur Überwachung zu überdenken und die Verfassungsmässigkeit der Vorlage zu überprüfen. Ferner werden Präzisierungen verlangt zu den geschützten Rechtsgütern, zu den Verdachtsmomenten sowie zu den unscharfen Begriffen „innere und äussere Sicherheit“, welche die präventive Überwachung rechtfertigen sollen.
 - › **Weiterführung der Währungshilfe:** Der Währungshilfebeschluss (WHB) vom 18. März 2004 legt die Obergrenze des Rahmenkredits für finanzielle Leistungen unter dem Währungshilfegesetz (WHG) fest. Zur Förderung der Stabilität des internationalen Währungs- und Finanzsystems stehen dem Bund Mittel im Umfang von 2,5 Milliarden Franken zur Verfügung, über deren Verwendung er jährlich Rechenschaft ablegen muss. Der Nationalrat hat mit 114 zu 4 Stimmen bei zwei Enthaltungen eine Weiterführung der internationalen Währungshilfe deutlich befürwortet. Er folgte damit dem Antrag der Aussenpolitischen Kommission und dem Bundesrat. Die Vorlage geht nun an den Ständerat. In der Sommersession werden sich die Räte mit der befristeten Erhöhung der Kreditlimite befassen. Der Bundesrat hat beschlossen, dem Internationalen Währungsfonds eine zeitlich befristete Kreditlinie von maximal 10 Milliarden Dollar zu gewähren.
 - › **Nationalstrassenabgabegesetz gutgeheissen:** Der Nationalrat hat sich als Erstrat mit dem Nationalstrassenabgabegesetz befasst und dieses in der Gesamtabstimmung mit 106 zu 50 Stimmen gutgeheissen. Dabei hat er im Sinne der Fraktion FDP-Liberale beschlossen, den Preis der Vignette unverändert bei 40 Franken zu belassen. Der Rat lehnte einen Erhöhungsantrag der Grünen auf 120 Franken ebenso ab wie die Einführung eines elektronischen Systems (anstelle der Klebevignette). Dagegen hat sich der Rat für die Verdoppelung der Busse für das Befahren der Autobahn ohne Vignette ausgesprochen. Wer sich künftig ohne Vignette auf der Autobahn erwischen lässt, zahlt eine Busse von 200 Franken (bisher 100 Franken). Der Nationalrat hat die Vorlage in der Gesamtabstimmung mit 106 zu 50 Stimmen bei 15 Enthaltungen angenommen. Das Geschäft geht nun an den Ständerat.
 - › **Verbrauch statt Fahrzeuge besteuern:** Der Nationalrat hat ein Postulat der Fraktion FDP-Liberale angenommen, das den Bundesrat beauftragt, Besteuerungsmodelle im Bereich der Motorfahrzeuge auszuarbeiten, welche neu auf dem Treibstoffverbrauch der Motorfahrzeuge basieren anstatt wie bisher auf dem Fahrzeug selbst. Auf diese Weise sollen verbrauchsarme Fahrzeuge steuerlich bevorzugt werden, ohne die Steuern zu erhöhen (Bedingung: Besteuerungsmodell muss ertragsneutral ausgestaltet werden).
 - › **Nationalrat lehnt Lösungsvorschlag zur Ausländerkriminalität ab:** Der Nationalrat hat eine parlamentarische Initiative der Fraktion FDP-Liberale mit 103 zu 63 Stimmen abgelehnt, welche die zwingende Ausschaffung von Ausländern im Falle schwerer Delikte verlangt. Der Vorstoss bezweckt die effiziente Lösung tatsächlicher Probleme und ist die Alternative zur untauglichen und rechtswidrigen Ausschaffungsinitiative der SVP.
 - › **Auslegeordnung Verfassungsgerichtsbarkeit:** Der Nationalrat will prüfen, ob es in der Schweiz ein Verfassungsgericht geben soll. Die grosse Kammer hat in einer ersten Phase eine entsprechende
-

parlamentarische Initiative von alt Nationalrat Heiner Studer (EVP/AG) mit 80 zu 67 Stimmen gutgeheissen.

- › **Wiedereinführung des Handzeichens abgelehnt:** Wer einen Fussgängerstreifen überqueren möchte, soll auch in Zukunft kein Handzeichen geben müssen. Der Nationalrat hat eine entsprechende parlamentarische Initiative mit 94 zu 58 Stimmen abgelehnt.

3. Vorstösse der Fraktion FDP-Liberale

Die Fraktion FDP-Liberale hat in der Sondersession 2009 folgende drei Vorstösse eingereicht:

- › **Gesamtstrategie zur Interessenwahrung:** Der Bundesrat will die Anpassung der Amtshilfepraxis an die international geltenden Regeln durch Neuverhandlung der bestehenden Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) herbeiführen. Mit den EU-Staaten bestehen neben den DBA bekanntlich weitere bilaterale Abkommen. Die FDP-Liberale Fraktion fordert eine übergeordnete und koordinierte Verhandlungsstrategie, die grundsätzlich alle bestehenden Abkommen und auch die Forderung von Gegenleistungen mit einbezieht. Zu diesem Zweck hat die Fraktion eine Interpellation eingereicht.
 - › **Fragen zur deutschen Steuerpolitik:** Deutschland hat einerseits ein Steuerbetrugsbekämpfungsgesetz beschlossen und treibt andererseits bei in der Schweiz praktizierenden Ärzten Steuern ein, die nicht dem Doppelbesteuerungsabkommen entsprechen. Die Fraktion RL fragt den Bundesrat, wie er die Auswirkungen des Steuerbetrugsbekämpfungsgesetzes auf die Schweiz beurteilt und wie er gegen die Verletzung des DBA zu reagieren gedenkt.
 - › **Handlungsbedarf im Strafrecht:** Mit einer Interpellation wird der Bundesrat aufgefordert aufzuzeigen, in welchen Bereichen des Strafrechts (Allgemeiner und Besonderer Teil) er Handlungsbedarf sieht und in welchen nicht.
-